

Blockwartwacht am Rhein

KaFOR macht gegen Forensik mobil

Köln-Westhoven ist ein ruhiger, unscheinbarer Stadtteil ohne nennenswerte Infrastruktur. Eigenheim reiht sich an Eigenheim, auf der Weide grasen Pferde und nebenan fließt der Rhein in aller Ruhe vor sich hin. Winters schaut er manchmal in den Kellern vorbei, doch daran haben sich die AnwohnerInnen schon lange gewöhnt, tragen die Waschmaschinen nach oben und stellen die Pumpe an – eine kleine, beschauliche Idylle vor den Toren der Weststadt Köln, mitten im Herzen des Rheinlandes.

Doch seit einiger Zeit ist es vorbei mit Ruhe und nachbarschaftlicher Besinnlichkeit: Der Krieg hat Einzug gehalten in dem kleinen ländlichen Viertel! Die KaFOR macht mobil, versorgt die AnliegerInnen mit wichtigem Informationsmaterial auf pastellfarbenem Papier und sammelt Unterschriften in allen Geschäften. An die Stifte, BürgerInnen, und unterschrieben gegen den Feind, den räuberischen Entwerter unseres Grund und Bodens, den pflichtvergessenen Gefährder unserer Straßen und Kinder! Eine Versammlung gemacht – hoppohpp! – in immer noch unserem Bürgerzentrum, den Weg gepflastert mit Grablichtern und Holzkreuzen, gewidmet den Opfern, so die Inschrift.

Welcher Krieg? Welche Opfer? Und vor allem – welche KaFOR? Die Presse schweigt. Was tut der Kanzler? Der nationale Notstand? Was geht hier vor? Endlich lichtet sich das Dunkel, der/die verwirrt BeobachterIn verschafft sich langsam klare Sicht: KaFOR, das sind mitnichten die NATO-Truppen, nein – KaFOR ist der geschmack-

voll benannte Zusammenschluss der ortsansässigen »Kritiker und Gegner der Forensik«. Muss man wissen. Vor allem im schönen Westhoven, denn dort soll, so will es die Landesregierung von NRW, eine forensische Klinik gebaut werden, eine Klinik für psychisch kranke Straftäter. »Gefahr!« hallt es da aus allen Ecken, »Gefahr für Leib und Leben, Haus und Hof, Kind und Kegel! Triebtäter! Psycho-Knackis! Hier? Bei uns? Nie und nimmer!«

Und mit solch hehrem Vorsatz schreiten sie, die Kämpfer für Recht, Ordnung und Privateigentum, die Schuldigen das Fürchten zu lehren und Unheil abzuwenden von Westhoven, dem lieblichen Stadtteil am Rhein. In Heimarbeit entsteht alles, was der wehrhafte Demokrat fürs Handgepäck braucht: Flugblatt, Plakat und Demonstration werden gemacht, der WDR sendet ein wenig, der *Porzer Wochenpiegel* druckt einen Artikel, und die Republikaner helfen durch tatkräftige Meinungsmache gegen die »Sex-Gangster«, von denen es bald nur so wimmeln wird, geht es nach dem Willen der Landesgesundheitsministerin. Der eine oder andere Bürgervertreter von SPD und CDU erkennt die Gunst der Stunde und springt ins Boot, das stramm Kurs nach rechts hält.

Bei der Bürgeranhörung sodann verschafft Volkes Zorn sich Luft: Wer's mit der Forensik hält, wird hier mit der nötigen Deutlichkeit in seine Schranken verwiesen, dem wird geraten, sich auf dem Heimweg vorzusehen, dem wird angekündigt: »Wir kriegen dich!« Informationen

durch den Leiter der Forensik in Düren? Nein, nein, die will man nicht hören, würden sie doch nur dazu führen, dass man vielleicht ein wenig nachdenken müsste. 126 Plätze soll sie haben, die erste forensische Klinik in Köln? Ein Unding! 400 Insassen solcherlei Einrichtungen in anderen Städten kommen von hier? Gut, dass sie weg sind!

Die Kinder tragen sogleich die Meinung der Eltern auf großen Plakaten vor sich her: »Soll ich das nächste Opfer sein?« wird die angelegte Ministerin anklagend gefragt. Ist sie doch verantwortlich für deren nächtliche Ängste, die von niemandem geschürt werden müssen. Und sollte die Panikmache der Eltern doch dazu beitragen: Was ist uns denn ein kleines Trauma im Vergleich zur realen Sicherheit der Kinder, die wir uns hier schon erstreiten werden?

Ein kleines Problemchen nur hat sie, die KaFOR: Wohin mit den Gefangenen im Maßregelvollzug? Doch mit Sachverstand und Tücke weiß sich der engagierte Truppenangehörige solcher Fangfragen zu erwehren: »Is doch egal, nur nicht zu uns – hier gibt's schließlich Kindergärten in der Gegend.« Auch angesichts flächendeckender Kindergartenausbreitung in der BRD verliert er nicht den Mut und verkündet eloquent: »Da sollen sich doch andere Gedanken drüber machen!« Die Frage, ob denn auf den Listen – nahezu jeder hat nach ein wenig Überzeugungsarbeit doch unterschrieben – nicht eher die Wiedereinführung der Todesstrafe für psychisch kranke Straftäter gefordert werden sollte, wenn

doch nirgendwo ein schul- und kindergartengerechtes Plätzchen zu finden sei, bleibt natürlich hundsgemeine Polemik und wird vom überzeugten KaFOR-Rekruten entschieden zurückgewiesen. Auch wenn er's vielleicht denken mag – sagen würde er solches niemals, schon gar nicht in der Öffentlichkeit, das weiß er genau.

Überhaupt scheint es einiges zu geben bei den Stammtischtruppentreffen der KaFOR, was zu hoch, zu schwer und metaphysisch ist für die Unwissenden. Die »Probleme« zum Beispiel, derer man doch schon genug hat im Viertel. Ein Zauberwort und Basiselement der Argumentation, von den Kameraden mit wissendem Murmeln quittiert, sobald in der Anhörung das Wort darauf kommt.

Erst bei der Folgeveranstaltung im meinungs- und wertneutral dafür requirierten Kindergarten erfahren wir von den Problemen und Lasten, die der WesthovenerInnen seit Jahr und Tag zu tragen habe: Brombeerranken über den Wegen, weggerabte Dosen und Kleinteile in den handgebürsteten Rinnsteinen, Unmengen abgemeldeter Autos auf der Straße, die ohnehin der Schandfleck des Viertels ist, verursacht durch das, was die Plage des Standorttes Westhoven ist: die AsylbewerberInnen. Den ganzen Tag hocken sie vor ihrem städtischerseits zugewiesenen Sammel-lager, reden, rauchen, klauen, morden und brandschatzen. Und lassen die Brombeerranken wachsen. Morgenluft witternd verspricht eilends Frau Christiansen, die Gesundheitsdezernentin der Stadt Köln: »Nee nee, wenn die Forensik kommt, dann sind die Asylanten hier weg! Das ist doch auch ein Vorteil für Sie!« Und die Forensik kriegt auch eine hohe Mauer, farblich an die Umgebung angepasst, die sieht man kaum. Idyllischer und damit besser eingepasst ins Vorortambiente ist sie allemal. Und in schönster Einigkeit beschließt man dann das Treffen, vereinbart ein weiteres und freut sich drauf: Denn wo noch kann man so schön Stammtischparolen austauschen wie beim Kaffeeklatsch mit der weltoffenen Frau Christiansen?

Deutsches Volk und Wesen

Rassismus aus der Mitte der Gesellschaft

Überfälle und Mordanschläge von Nazigruppen auf Flüchtlinge, Menschen mit anderer Hautfarbe, Behinderte, Lesben, Schwule, Obdachlose, JüdInnen und AntifaschistInnen reißen nicht ab. Nach einem vorübergehenden Rückgang seit der Abschaffung des Asylrechts 1993 hat die Zahl der rassistischen Gewalttaten seit dem Sommer 2000 wieder zugenommen. In den Jahren 1990 bis 1999 wurden in der BRD mehr als 130 Menschen von RassistInnen ermordet. Die Nazi-Gewalt fiel jedoch nicht vom Himmel, sondern wird durch strukturelle rassistische Tendenzen begünstigt: Flüchtlinge werden entrechtet, in Lager gesperrt, abgeschoben. Generell werden Menschen nach dem Kriterium ihres Nutzwertes für die BRD-Gesellschaft in Kategorien eingeteilt. Sozialdarwinismus, Autoritätsgläubigkeit und rassistische Ideologie sind in weiten Teilen der Bevölkerung – auch unter den »aufgeklärten« StudentInnen – verbreitet.

Ein linker AStA unter Beteiligung der AL würde daher umgehend wieder die Antifaschismus- und Antirassismus-Referate einrichten, die vom amtierenden Rechts-AStA nach seiner Machtübernahme abgeschafft worden sind.

Die Mordanschläge vom letzten Jahr waren der Auftakt zu einer Welle von antisemitischen Straftaten: Waren es im ersten Quartal 2000 noch bundesweit 140 offiziell erfasste Fälle, so stieg ihre Zahl im vierten Quartal – also nach dem von

Schröder ausgerufenen »Aufstand der Anständigen« – um 250 Prozent auf bereits 496 an (*Allgemeine Jüdische Wochenzeitung*, 15. März 2001). Der Antisemitismus ist – wie die Reaktionen auf die Rede Martin Walsers oder auf das Buch von Norman Finkelstein zeigen – auch keineswegs aus der »Mitte der Gesellschaft« verschwunden.

Daraufhin forderte die Elite der so genannten deutschen Leitkultur das Verbot der NPD und warb gleichzeitig für ein sauberes Deutschland: Für eine selbstbewusste, weltoffene Nation und für eine Staatsmacht, die nach innen und nach außen – durch Kriegseinsätze der Bundeswehr zur Verteidigung der »Menschenrechte« – ihr Gewaltmonopol durchsetzen kann.

Dabei klappt zwischen den etablierten Parteien, der NPD und vielen anderen Deutschen gar kein großer Unterschied bei der ethnischen und völkischen Definition von dem, was das angebliche deutsche »Wesen« denn nun ausmachen soll. So legte beispielsweise Wolfgang Schäuble (CDU) fest: »Wir schöpfen unsere Identität nicht aus dem Bekenntnis zu einer Idee, sondern aus der Zugehörigkeit zu einem bestimmten Volk«, die NPD formulierte den gleichen Sachverhalt so: »Die Völker sind die Träger der Kulturen.«

Für die offizielle staatliche Politik geht es offensichtlich nicht darum, Rassismus grundsätzlich zu bekämpfen. Lediglich eine bestimmte Spielart davon soll zurückgedrängt werden,

nämlich der Einfluss von offen auftretenden Nazis. Denn im Augenblick ist der ungezielte Nazi-Terror auf der Straße ökonomisch und politisch schädlich, weil er die von der BRD benötigte Zuwanderung von Arbeitskräften stört.

Daher bemühen sich die staatstragenden Kräfte nun darum, dass der Staat – und nicht marodierende Nazibanden – selektieren darf, welche Arbeitskräfte importiert werden sollen, wer als Hochqualifizierter und AkademikerIn in den Genuss einer Green-Card kommen soll und wer sich auf Baustellen, an Fließbändern und in Putzkolonnen ausbeuten lassen darf, wer schließlich in die BRD zum Studieren hereingelassen wird oder wer nach ein paar Jahren Schufterei wieder aus dem Land hinausgeworfen wird.

Von der CDU bis zur PDS entstanden in diesem Jahr Entwürfe für Einwanderungsgesetze, die sicherstellen sollen, dass eben nur bestimmte, »nützliche«, also als Arbeitskraft verwertbare, AusländerInnen in die BRD kommen sollen und die Firmenchefs sich ihr Personal auf dem internationalen Markt einkaufen können. Die anderen »Unnützen«, vor allem die unerwünschten Flüchtlinge, sind weiterhin einer potenziell tödlichen Asyl- und Abschiebepaxis und der Internierung in Sammellagern ausgesetzt. So will Schily EU-weit mit seinem Zuwanderungsgesetz die Reste des Asylrechts und die Genfer Flüchtlingskonvention unterlaufen. Der Unterhalt von Flüchtlingen soll bundesweit auf Freispakete statt Bargeld umgestellt werden, der Rechtsstatus von geduldeten Flüchtlingen wird beseitigt und der Nachzug von minderjährigen Angehörigen beschränkt. Die von »oben« geschürte Stimmung wird »unten« aufgenommen und verstärkt: So planten die CDU/FDP/SPD-Bezirksvertretungsfaktionen in Köln-Porz eine Demonstration gegen die Unterbringung von Flüchtlingen im Stadtteil, zu der auch Nazi-Gruppen wie Pro Köln oder der Sieger Bärensturm mobilisierten.

Nach den Anschlägen in den USA zündeten FanatikerInnen und Stammtisch-RassistInnen Moscheen an, bespuckten Frauen wegen ihrer Kopftücher und erschossen indische Turbanträ-

ger. Am Tag danach wollte ein elfjähriges afghanisches Kind mit einer Blume in der Hand seine Trauer zeigen und sich bei Mitschülern für die Aufnahme in Deutschland bedanken. Es wurde als »bin Laden« beschimpft und verprügelt.

Wir leben in einer autoritären Gesellschaft, die sich – laut Aussagen von Bürgerrechtsorganisationen und selbst von liberalen PolitikerInnen wie Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) – zunehmend totalitärer und polizeistaatlicher Elemente in formaldemokratischer Verpackung bedient. Das zeigt sich auch im Ausbau von Überwachungstechniken, der präventiven Vermeidung von Abweichendem durch den Einsatz von Humangenetik und Menschenzüchtung wie PID. Der Staat versucht, den gesamten Alltag, Intentionen, Verhalten, Körper und Kommunikation der Menschen zu kontrollieren. Seit den Vorkommissionen in Göteborg und Genua gehört selbst der gezielte Todesschuss gegen politische GegnerInnen wieder zum Arsenal. Antirassistische und antifaschistische Kritik und Praxis muss sich daher neben dem Kampf gegen Nazis auch mit den Handlungen der »normalen« Institutionen auseinandersetzen, mit den RassistInnen in Schlipps, Kostüm und Kragen in Behörden, Ausländerämtern, Abschiebeknästen und Arbeitsämtern, in denen Arbeitssuchende und studentische Jobsuchende nach Herkunft sortiert oder von der Vermittlung ausgeschlossen werden.

Die Alternative Liste setzt sich weiterhin ein für offene Grenzen und Bleiberecht, gleiche Lebensverhältnisse für alle, für die Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze und für soziale Gleichheit. Kein Mensch ist illegal!

Im vergangenen Jahr hat die AL daher gemeinsam mit anderen antifaschistischen und antirassistischen Gruppen zu verschiedenen Demonstrationen aufgerufen: gegen den Nazi-Aufmarsch am 8. September in Köln, gegen Abschiebeknäste am Frankfurter Flughafen oder gegen den größten bundesdeutschen Abschiebeknast in Büren und den Frauenabschiebeknast in Neuss. Darüber hinaus hat die AL selbst antifaschistische Veranstaltungen an der Hochschule initiiert oder sich daran beteiligt.